

digen erklärte sich Carlo Schmid, der ja auch Regierungsverantwortung in Tübingen trug, bereit, einen Entwurf als Grundlage der Beratung auszuarbeiten. Auch wenn die endgültige Verfassung in vielem von diesem Entwurf abwich, hat er doch entscheidende Akzente gesetzt. Insbesondere legte er großen Wert darauf, daß die Verfassung nicht im Hinblick auf eine künftige »Reichsverfassung« – an diesem Ausdruck hielten so ziemlich alle Redner fest – nur ein Provisorium darstelle. Er ging vielmehr davon aus, daß noch auf einige Zeit staatliche Existenz nur in den Ländern möglich sein würde, und plädierte deshalb für eine Vollverfassung, die Maßstäbe für die Zukunft setzen sollte. Der Wille zum Neuanfang sollte auch durch einen klaren Bruch mit der Vergangenheit dokumentiert werden. Um die 1945 versäumte Revolution wenigstens in dieser Hinsicht nachholen zu können, hielt er es für notwendig, auch Gesetze mit rückwirkender Kraft zu beschließen. Dieses Ausnahmerecht zum Zwecke der politischen Säuberung wurde dann allerdings bis zum 1. 1. 1949 begrenzt.

Die Diskussionen waren im allgemeinen vom Willen zum Konsens geprägt, schließlich sollte die Verfassung von allen beteiligten politischen Kräften akzeptiert werden können. Dennoch gab es auch heftige Meinungsverschiedenheiten und sehr knappe Abstimmungen. Außer den erwähnten grundsätzlichen Fragen gab es lange Diskussionen um das von Carlo Schmid vertretene Zweikammersystem und dessen Alternativen Einkammersystem und zusätzliche ständische Vertretung. Auch die Notwendigkeit eines Staatspräsidenten neben einem Regierungschef wurde von einer starken Minderheit abgelehnt. Große Übereinstimmung herrschte dagegen darüber, daß es kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ohne konstruktive Gegenvorschläge mehr geben dürfte.

Hoch interessant sind auch heute noch die Debatten um die soziale Verpflichtung des Eigentums und das Verhältnis des Staats zu den Religionsgemeinschaften.

Der Band wurde bearbeitet von Paul Sauer, einem intimen Kenner des Gegenstands, dennoch bleiben einige Wünsche unerfüllt. Die Anmerkungen des Herausgebers und seine Einführungen sind auf das Notwendige beschränkt, was für den Text auch Vorteile haben mag. Daß einzelne Seiten der Protokolle verloren gegangen sind und eines ganz fehlt, ist bedauerlich. Warum der Verfassungsentwurf von Carlo Schmid fehlt, wird nicht begründet. Nicht immer wird aus den Protokollen klar, über was eigentlich genau diskutiert wurde. Ein Register und eine Synopse mit der schließlich verabschiedeten Verfassung wären sehr hilfreich. Angekündigt werden sie nicht, aber vielleicht gibt es doch noch wie in der ersten Serie einen vergleichbaren Band.

✓ Hans-Otto Binder

✓ PETER FÄSSLER: Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952) (Menschen und Strukturen. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 7). Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang 1995. 226 S. Kart. DM 69,-.

Die Gründung des Südweststaats im Frühjahr 1952 ließ das Schicksal der alten Länder Württemberg und Baden in der unmittelbaren Nachkriegszeit – ihre Aufteilung unter zwei Besatzungsmächte – bald in Vergessenheit geraten. Auch trat das öffentliche Interesse an eigenständigen Entwicklungen in der vormalig französischen Zone zunehmend in den Hintergrund gegenüber der Suche nach einer gemeinsamen Identität des neuen Bundeslandes. Die zeitgeschichtliche Forschung indessen widmet seit einigen Jahren den Sonderentwicklungen unter französischer Besatzungsherrschaft wachsende Aufmerksamkeit. Daß diese sich besonders deutlich im südlichen Baden niederschlugen und hier nicht zuletzt den Neubeginn des politischen Lebens seit 1945 nachhaltig prägten, hat ein inzwischen abgeschlossenes Forschungsprojekt an der Universität Freiburg jüngst herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang entstand auch Peter Fässlers Dissertation über die »Badische Christlich-Soziale Volkspartei« (BCSV), die sich Ende 1947 in »CDU Baden« umbenannte, »ohne damit bereits ihren eigenständigen Kurs aufzugeben.« (S. 11)

Anders als in den meisten deutschen Regionen konnten christliche Honoratioren in Baden sich längere Zeit nicht auf die Gründung einer überkonfessionellen Partei einigen. Mehrere Zirkel mit unterschiedlichen Konzeptionen rangen um die Gestaltung künftiger christlich inspirierter Politik. Neben der föderalistisch-separatistischen, frankophilen »Vereinigung Abendland« und der »Christlich-Sozialen Vereinigung«, die die Gründung einer weltanschaulich neutralen Labour-Party propagierte, stellten insbesondere die Freiburger Gruppe des wiederbelebten Zentrums und die überkonfessionelle »Christliche Arbeitsgemeinschaft«, die nach dem Vorbild der CDU-Gründungen im übri-

gen Deutschland einen neuen parteipolitischen Weg einschlagen wollte, wichtige Wegbereiter der BCSV dar. Als diese schließlich nach regional unterschiedlichen organisatorischen Anfängen Ende Dezember 1945 offiziell die politische Landesbühne betrat, wurde rasch deutlich, daß es sich um einen Kompromiß mit deutlicher katholisch-föderalistischer Ausprägung handelte und daß sich die neue Partei bewußt nicht in den Kontext der sonstigen Unionsgründungen stellte.

Fäßler betont zu Recht, daß gerade im mehrheitlich katholisch geprägten Südbaden nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes der katholischen Kirche die Rolle eines überragenden politisch-sozialen und geistig-moralischen Ordnungsfaktors zukam. Dessen war sich auch die Besatzungsmacht bewußt, deren Verhältnis zum Klerus jedoch von Anfang an spannungsreich war und sich zunehmend verschlechterte. Hierzu trug nicht zuletzt der Umstand bei, daß man französischerseits zur Realisierung der angestrebten Reformvorhaben eher auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie setzte, während die katholische Kirche in Südbaden mit ihren Verlautbarungen und Initiativen entscheidenden Einfluß auf Gründung und Erfolge der späteren BCSV nahm. Bis zu den Gemeinderatswahlen im Herbst 1946 entstanden nahezu flächendeckend Ortsgruppen der Christlich-Sozialen, so daß es diesen beim ersten Urnengang weit besser als den konkurrierenden Parteien gelang, ihr Wählerpotential auszuschöpfen. »Sowohl beim Ausbau der Parteiorganisation als auch im Wahlkampf konnte sich die BCSV auf die Strukturen und die tatkräftige Unterstützung der katholischen Kirche verlassen.« (S. 88) Insbesondere der Freiburger Erzbischof Gröber bemühte sich zudem frühzeitig und erfolgreich um die überkonfessionelle Integration im Schoße der neuen Vereinigung. Innerparteiliche Auseinandersetzungen blieben indessen keineswegs aus. Nachdem schon im Laufe des Jahres 1946 allenthalben Unmut über die Führungsriege um Leo Wohleb laut geworden war, konnte sich die interne Opposition auf dem 2. Parteitag im April 1947 sowohl in Organisations- als auch in Führungsfragen weitgehend durchsetzen, wenngleich Wohleb, der Leiter der Landesverwaltung in Freiburg und spätere Staatspräsident des Landes Baden, noch einmal im Amt des Ersten Vorsitzenden bestätigt wurde. Hauptanliegen der Parteioption war die Verwirklichung des propagierten Neuanfangs im Sinne einer modernen, sozial engagierten und christlich fundierten (wirklich überkonfessionellen) Volkspartei. »In diesen Auseinandersetzungen standen sich Parteijugend und Mitglieder der Heimkehrergeneration, die Aufbruch, Radikalität und Grundsatztreue verlangten, und die Parteiführung, vorwiegend ehemalige Zentrumspolitiker, die für Mäßigung und Pragmatismus einstanden, gegenüber.« (S. 129)

Inhaltlich schrieb die BCSV vor allem die Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft auf ihre Fahnen, denn die Vorstellungen ihrer Chefprogrammatiker für eine politisch-soziale Neuordnung waren von einem bestimmten Erklärungsmodell des Nationalsozialismus geprägt: »Wie die katholische Kirche erblickte auch sie in der Säkularisierung eine der Hauptursachen für dessen Entstehung.« (S. 109) Damit verengte sich zwangsläufig der Blickwinkel auf den Bereich der Gesinnung, während wirtschaftliche und soziale Ursachen ausgeblendet blieben. Im Rahmen dieses Rechristianisierungskonzepts sollte das Schul- und Erziehungswesen eine überragende Rolle spielen. Das BCSV-Programm sprach zwar den Kirchen einen großen Einfluß hierauf zu, befürwortete aber trotz der insgesamt deutlichen katholischen Prägung – im Unterschied zu den christlichen Parteien in den meisten anderen deutschen Ländern – nicht die Wiedereinführung der Konfessions-, sondern die Beibehaltung der christlichen Simultanschule. Auf sozial- und wirtschaftspolitischem Feld war die Orientierung an der katholischen Soziallehre, zum kleineren Teil auch an der evangelischen Sozialethik deutlich. »Die BCSV sprach sich von Anfang an für eine mittelständisch und genossenschaftlich orientierte Soziale Marktwirtschaft aus. Forderungen nach einem wie auch immer gearteten Sozialismus blieben in der BCSV Randerscheinungen.« (S. 128) Weitere programmatische Forderungen der Christlich-Sozialen lauteten: Subsidiarität des Staates gegenüber der Gesellschaft und föderalistischer Aufbau eines künftigen deutschen Staatswesens. Die Föderalismusproblematik erhielt in Baden aufgrund der Teilung des alten Landes in einen amerikanisch und einen französisch besetzten Teil besondere Brisanz. Da sich die BCSV nicht nur als christliche, sondern zugleich – wenn nicht sogar vorrangig – als badische Heimat- und Staatspartei verstand, trat ihre damalige Führungsriege für die sogenannte Traditionslösung, d. h. die Wiederherstellung der alten Länder anstelle der Bildung eines neuen, größeren Südweststaats ein. Das vom Freiburger Gründungskreis durchgesetzte Konzept stieß jedoch schon frühzeitig auf parteiinterne Kritik und bewirkte eine zunehmende Polarisierung in der Neugliederungsfrage, die bis 1951/52 die öffentliche Diskussion in Baden beherrschte.

Die Entwicklung der BCSV zur badischen CDU wurde durch die kontroverse Diskussion um die staatliche Neuordnung Südwestdeutschlands nachhaltig erschwert. Erst im April 1947 beschloß der Parteitag mit klarer Mehrheit – gegen große Vorbehalte des Vorsitzenden Wohleb – die Umbenennung in »CDU Baden«; mit dem Placet der französischen Militärregierung wurde die neue Bezeichnung im November rechtskräftig. Damit »war jedoch bei weitem noch keine endgültige Abkehr von der badischen Heimatpartei« verbunden (S. 118); im Gegenteil: Unmittelbar nach der Niederlage der »Traditionslösung« in der Volksabstimmung vom Dezember 1951, die den Weg zum Südweststaat frei machte, verkündeten die Christdemokraten ihre erneute Umbenennung in »Badische CDU« und bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch im neuen Bundesland die Interessen des gesamten badischen Landesteils energisch zu verteidigen.

Entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg christlich-sozialer Partei- und Regierungsarbeit war von Anfang an das Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht. Obwohl deren erster Chef, General Schwartz, vorrangig auf die Kooperation mit Sozialdemokraten setzte, galt die BCSV dem Gouvernement Militaire frühzeitig als mehrheitsfähige Partei, mit der gerechnet werden mußte. Das ihr zuerkannte Prädikat »nicht gegen französische Interessen gerichtet« untermauerte die wohlwollende Gesamteinschätzung. Allerdings befürchtete man französischerseits zunächst, »die BCSV könnte zur Fürsprecherin klerikaler oder reaktionärer Interessen werden und wäre aus diesem Grund kein zuverlässiger Partner für die angestrebte Demokratisierungs- und Neuordnungspolitik«. Hinzu kam die verständliche Skepsis der Militärregierung, »ob das Volksparteikonzept aufgehen und die Union der beiden christlichen Konfessionen überhaupt halten würde«. (S. 154f.) Immerhin galt Wohleb jedoch als Persönlichkeit, der man die erfolgreiche Führung einer Koalition aus Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten zutraute. Ein solches Regierungsbündnis erwies sich nach den Landtagswahlen vom Mai 1947 allerdings als außerordentlich problematisch. Schon die herrschende Notlage und die gedrückte Stimmung in der Bevölkerung erschwerten gedeihliche Koalitionsverhandlungen. Stimmenverluste der BCSV zugunsten der Sozialdemokraten zeigten nämlich, daß die Mehrheitspartei, die seit Herbst 1946 mit Wohleb den Chef der Provisorischen Regierung gestellt hatte, aufs engste mit dieser identifiziert und mitverantwortlich für das allgemeine Elend gemacht wurde.

Zu den Faktoren, die in weiten Kreisen Unmut erregten, gehörte die politische Säuberung, die Anfang 1947 ihren Höhepunkt erlebte und nach verbreiteter Ansicht allzu viele Fehlurteile und Ungerechtigkeiten mit sich brachte. »Die BCSV versuchte nun die Misere, in die die Entnazifizierung geraten war, den Linksparteien in die Schuhe zu schieben.« (S. 159) Die schwere Versorgungs- und Ernährungs Krise – besonders krass in Form einer auch politisch folgenreichen »Kartoffelkrise« – tat ein übriges, um die Besatzungsmacht und die von ihr abhängige deutsche Landesverwaltung weiter in Mißkredit zu bringen. So mußte es den einheimischen Politikern wenig hilfreich erscheinen, daß die Militärregierung im Mai 1947 ausdrücklich Prämissen für die Regierungsbildung setzte, bestimmte Vertreter der BCSV/CDU, die bei ihr in Ungnade gefallen waren, von Ministerämtern ausschloß und die Aufnahme mindestens eines Sozialdemokraten in das Kabinett verlangte. Daraufhin zogen sich nämlich die Koalitionsverhandlungen drei Monate lang hin, so daß Baden als letztes Land der französischen Zone erst im August 1947 eine parlamentarische Regierung erhielt. Doch das allseits ungeliebte Koalitionsbündnis hielt nur kurze Zeit; es zerbrach schon im Januar 1948 über seinem ersten großen sozialpolitischen Gesetzesvorhaben, einer Bodenreform. »Im Gegensatz zur Mitbestimmung zeigte die BCSV in der Landwirtschaft von Anfang an keinerlei Reformwillen. Hier wehrte sie jegliche Veränderung ab, setzte die Konservierung der bestehenden Eigentumsverhältnisse durch und blockierte damit einen Reformprozeß, den die Besatzungsmacht einleitete und der von einer breiten Koalition aus Gewerkschaften, Bauernverband und Linksparteien befürwortet wurde.« (S. 193) Nach dem Ausscheiden der beiden sozialdemokratischen Minister bildete Staatspräsident Wohleb eine CDU-Alleinregierung, die ihrerseits nach wenigen Monaten aus Protest gegen französische Demontagepläne zurücktrat, jedoch geschäftsführend weiter im Amt blieb und im Februar 1949 ohne personelle Veränderung wiedereingesetzt wurde. Inzwischen hatte allerdings die CDU bei den Kreistagswahlen schwere Stimmenverluste erlitten und die absolute Mehrheit eingebüßt; auch Wohlebs innerparteiliche wie öffentliche Popularität war auf einem Tiefpunkt angelangt. »Die Debatte um die Neugliederung des Südwestens gab ihm jedoch ein Thema an die Hand, das ihn aus diesem Tal herausführte.« (S. 174)

»Neben den Auseinandersetzungen um den Südweststaat bewegte in Baden kaum ein Thema die Gemüter so sehr wie die Schulpolitik«, konstatiert Fäßler mit einiger Verwunderung »angesichts der

vielfältigen Probleme, deren Lösung anstand«. Seine (Teil-)Erklärung hierfür lautet: »Der christliche Fundamentalismus, den die CDU in der Schulpolitik zur Schau trug, konnte wohl nur in der überhitzten Situation während der Neugliederungsdebatte gedeihen und ist zudem von der ständigen Angst vor einer Parteispaltung getragen.« (S. 184) In der Tat betrieb der Freiburger Prälat Föhr seit Anfang 1951 die Wiedergründung des Zentrums mit dem Vorwurf an die Adresse der CDU, sowohl in der »Badenfrage« (Wiederherstellung der alten Länder oder Neugliederung) als auch in der »Kulturfrage«, d.h. bei der Einführung der konfessionellen Lehrerbildung völlig versagt und damit katholische Interessen mißachtet zu haben. Daraufhin beschloß der CDU-Landesvorstand im Frühjahr 1951, Föhrs bildungspolitische Forderung aufzugreifen und der Landesregierung die Umstellung auf bekenntnismäßig getrennte Lehrerseminare zu empfehlen. Wohleb, der in der Schulpolitik ein liberales Grundkonzept vertrat und eine prinzipielle Konfessionalisierung der Pädagogenausbildung ablehnte, kam den Forderungen seiner Partei jedoch nur ansatzweise entgegen. Er war sich der Probleme bewußt, die eine allzu deutliche katholische Ausrichtung der südbadischen CDU sowohl im angespannten Verhältnis zum evangelischen Parteiflügel als auch gegenüber dem nordbadischen Landesteil – zumal im Vorfeld der Volksabstimmung über die künftige Gliederung Südwestdeutschlands – mit sich bringen mußte, und nahm daher eine ausgleichende Haltung ein. Bedacht werden muß in diesem Zusammenhang allerdings auch, daß das Schul- und Bildungswesen eines der Felder war, auf denen zwischen 1946 und 1948 französische und deutsche Neuordnungsvorstellungen besonders vehement aufeinander prallten, so daß gerade Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche im Erziehungsbereich für einige Zeit stark ideologisch befrachtet und emotional aufgeladen blieben und sich nach dem Rückzug der französischen Militärregierung auch innenpolitisch noch immer leicht instrumentalisieren ließen.

Peter Fäßler hat eine auf das Wesentliche konzentrierte, flüssig geschriebene Arbeit vorgelegt, die auf der Grundlage deutscher und französischer Archivalien das christlich-demokratische Spektrum der parteipolitischen Nachkriegsentwicklung Südbadens im Spannungsfeld rivalisierender Neuordnungskonzeptionen, kirchlich-konfessioneller Mitgestaltungsansprüche und besatzungspolitischer Zwangslagen kritisch ausleuchtet. So erfreulich die knappe, prägnante Darstellung insgesamt ist, gelegentlich wünschte man sich doch eine stärker in die Tiefe bzw. Breite gehende, genetisch rekonstruierende oder vergleichend angelegte Einbettung regionalgeschichtlicher Phänomene in größere Zusammenhänge, um einerseits die Kontinuitäten und Brüche der Nachkriegssituation, andererseits die südbadischen Spezifika im einzelnen deutlicher zu erkennen. Auch bleiben die Hauptakteure auf deutscher wie französischer Seite ein wenig farb- und konturlos. Nichtsdestoweniger handelt es sich um eine gründlich recherchierte Untersuchung, die zusammen mit den anderen beiden Arbeiten des Freiburger Forschungsprojekts (von Reinhard Grohnert und Edgar Wolfrum) sowie einer von den drei Autoren gemeinsam verfaßten Monographie (Krisenjahre und Aufbruchzeit, München 1996) dazu beiträgt, daß zentrale Aspekte von »Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949« (so der Untertitel des Gemeinschaftswerks) nunmehr eine quellengesättigte Darstellung gefunden haben, wie sie in dieser Qualität für Württemberg-Hohenzollern noch aussteht.

Stefan Zanner

12. Kunstgeschichte

HELMUT FISCHER: Die Ikone. Ursprung – Sinn – Gestalt (Herder/Spektrum, Bd. 4417). Freiburg i.Br. u.a.: Herder 1995. 239 S., Abb. Kart. DM 16,80.

Viele Wege führen Menschen des Westens zur faszinierenden, aber fremden Welt der Ikonen: der kunstgeschichtliche Trend zur Überschreitung des abendländischen Kulturkreises, die Aura des Sakralen und Mystischen, das Staunen vor einer ungebrochenen Gläubigkeit, die ökumenische Begegnung mit den Ostkirchen, nach der Wende von 1989 aber auch das wachsende Angebot auf dem Kunstmarkt. Freilich bedeutet Interesse nicht auch schon Kenntnis, und gerade Ikonen entziehen sich dem bloß subjektiven Eindruck. Sie ruhen auf einer in Jahrhunderten entstandenen theologischen und ästhetischen Grammatik. So gilt wohl häufig: »Das Verständnis dieses Bildes bleibt im all-